

Antwort bitte bis zum 31.05.2013

Bitte ausgefüllt per Post im Fensterumschlag, per Fax: +49 (30) 240 60 218 oder per Mail natascha.huellen@dgb.de

Rückmeldung

Ich nehme an der Konferenz teil. Leider kann ich nicht teilnehmen.

Name _____

Organisation _____

E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

DGB Bundesvorstand
Natascha Hüllen
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

Ablaufplan der Konferenz

- 10:00 Uhr Begrüßung
- **Claus Matecki, DGB Vorstandsmitglied**
- 10:10 Uhr Eingangsreferat zum aktiven Staat im Bezug zur Wohnungsfrage
- **Andrej Holm, Stadtsoziologe
Humboldt-Universität zu Berlin**
- 10:30 Uhr Podiumsdiskussion zu aktuellen Fragen der Miet- und Wohnungspolitik mit jeweils 10 Minuten Input
- **Lukas Siebenkotten (Bundesdirektor
Deutscher Mieterbund)**
- **Andrej Holm (Stadtsoziologe
Humboldt-Universität zu Berlin)**
- **Ingo Theel (Vorstandsmitglied
Baugenossenschaft freier
Gewerkschafter eG)**
- 12:00 Uhr Mittagspause:**
- 13:00 Impulsreferat zu Fragen der Wohnraumbewirtschaftung / Neubaubedarf
- **Klaus Wiese­hügel (Vorsitzender der
Gewerkschaft IG BAU)**
- 13:15 Podiumsdebatte: neue/alte Wege in der Wohnungspolitik: Was politisch zu tun ist.
CDU/CSU: Karl Holmeier
SPD: Michael Groß
**Bündnis 90; die Grünen:
Daniela Wagner**
Die Linke: Heidrun Bluhm
IG BAU: Klaus Wiese­hügel
- 15:15 Fazit
**Claus Matecki, Mitglied des Geschäfts­
führenden Bundesvorstandes des DGB**

Moderation der Veranstaltung: Uwe Rada

DGB

**UMDENKEN
GEGENLENKEN**

DGB

- UMDENKEN GEGENLENKEN - Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage

Konferenz am
11. Juni 2013
10:00 bis ca. 16:00 Uhr

DGB Bundesvorstand | Saal 4
Henriette Herz-Platz 2 | 10178 Berlin

In der jüngeren Zeit wird in Politik und Medien wieder verstärkt über das Thema „Wohnen“ diskutiert. Dabei galt die Wohnungsfrage jahrelang als erledigt. Die öffentliche Hand hatte sich aus der sozialen Wohnungsbauförderung immer stärker zurückgezogen. Die Akteure der Wohnungspolitik haben sich von den Prognosen zu (vermeintlich) sinkenden Bevölkerungszahlen so sehr beeindruckt lassen, dass sie meinten: In Zukunft werde weniger Wohnraum benötigt. Die Realität sieht anders aus: Immer mehr Single-Haushalte, steigende Ansprüche an die Wohnfläche pro Kopf sowie ein zunehmender Zuzug in begehrte Innenstadt- und Stadtlagen zeigen, dass die Wohnungsfrage aktueller denn je ist. Die Anzahl preisgünstiger Wohnungen nimmt insgesamt ab. Wohnimmobilien sind nicht zuletzt durch die Krise an den Finanzmärkten und die seit Jahren andauernde Eurokrise zum Investitions- und Spekulationsobjekt geworden. Die Folge ist eine Aufwertung begehrter Lagen. Luxusmodernisierungen und explodierende Mieten vertreiben alteingesessene Bewohnerinnen und Bewohner aus ihren angestammten Stadtquartieren. Bedroht eine neue Welle der Gentrifizierung jetzt selbst Normalverdiener in den Innenstädten? Jedenfalls ist die Wohnungspolitik wieder zu einem zentralen politischen Feld geworden. Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Bundestagswahl.

Die DGB-Konferenz „Umdenken – Gegenlenken Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage“ möchte aktuelle Entwicklungen in der Stadtentwicklungspolitik sowie die Mietpolitik beleuchten. Hierbei sollen Wissenschaftler, Praktikerinnen und Praktiker, Gewerkschafter sowie Politikerinnen und Politiker zu Wort kommen, die ausgewiesene Experten im Bereich der Wohnungspolitik sind. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen, dass das Wohnen als elementares Grundrecht für alle Menschen, auch diejenigen mit niedrigem Einkommen, bezahlbar bleibt. Der politische Rückzug aus der sozialen Wohnungsbauförderung ist da das falsche Zeichen.

Wir fordern deswegen ein Umdenken auch in der Wohnungspolitik. Ein handlungsfähiger Staat muss gegenlenken, damit Wohnraum nicht zum Spekulationsobjekt verkommt.

Am 11. Juni diskutieren in Berlin unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki und der Vorsitzende der Industriegewerkschaft BAU Klaus WieseHügel mit Politikern aus dem Bundestag sowie Vertretern von Verbänden, Wohnungsgenossenschaften und aus der Wissenschaft.



Jerzy_pixelio

**UMDENKEN
GEGENLENKEN**

**- UMDENKEN GEGENLENKEN -
Aktiver Staat am Beispiel der Wohnungsfrage**